

Aus dem Plenum

Vom 18. bis zum 20. Mai kamen die Abgeordneten des Thüringer Landtags zu ihrer dreitägigen Plenarsitzung zusammen. Alle fünf Fraktionen brachten Gesetzentwürfe und Anträge in den Landtag ein, so dass insgesamt 30 Punkte die Tagesordnung ausfüllten.

In zweiter Beratung verabschiedeten die Abgeordneten des Thüringer Landtags ein Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung. Mit dieser Gesetzesänderung ist es fortan möglich, das Genehmigungsverfahren bei kleinen Anlagen zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Quel-

len zu erleichtern. Ebenfalls in zweiter Abstimmung verabschiedeten die Parlamentarier der Fraktionen CDU, SPD und FDP eine Änderung des Thüringer Hochschulzulassungsgesetzes. Die neue Regelung gibt den Universitäten und Fachhochschulen im Freistaat die Möglichkeit, mittels einer Zugangsbeschränkung die Zahl der Masterstudienplätze im Sinne optimaler Studienbedingungen zu begrenzen. In erster Lesung forderte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Gesetzentwurf Thüringer Klimaschutz-Gebäude-Rahmengesetz eine verbind-

liche Festlegung von Klimaschutzzielen für den Gebäudebestand in Thüringen. Die Ausschussüberweisung wurde jedoch von der Mehrheit des Parlaments abgelehnt. Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE wurde eine Änderung zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und das Gesetz zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Thüringen diskutiert und anschließend in den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit überwiesen. Auf Antrag der Landesregierung beschäftigte sich das Plenum mit der Entlastung der Landes-

regierung für das Haushaltsjahr 2008 u.a. mit der Haushaltsrechnung 2008 und mit dem Jahresbericht 2010 des Thüringer Rechnungshofes. Mit dem Papstbesuch im September 2011 setzten sich die Fraktion der FDP als auch die Fraktionen der CDU und SPD auseinander. Im Mittelpunkt der Debatte stand dabei die Bedeutung des Papstbesuches für die Ökumene. Außerdem beschäftigte sich die FDP in einem Antrag mit dem Gutachten der Landesregierung „Zum Zeitrahmen und zur Notwendigkeit einer Funktional- und Gebietsreform in Thüringen“.

Vereinbarung zur Beteiligung des Landtags an EU-Angelegenheiten unterzeichnet



Im Anschluss an die Plenardebatte am 19. Mai unterzeichneten die Präsidentin des Thüringer Landtags Birgit Diezel und die Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen Christine Lieberknecht (beide CDU) die Vereinbarung zur Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in EU-Angelegenheiten. Die Vereinbarung wurde bereits im April-Plenum einstimmig beschlossen und erlangt nun mit ihrer Unterzeichnung Wirksamkeit. Somit ist die Voraussetzung ge-

schaffen, den Thüringer Landtag künftig gezielt an der europäischen Willensbildung zu beteiligen. Landtagspräsidentin Diezel betonte: „Mit der Vereinbarung werden die Rechte des Parlaments in EU-Angelegenheiten gestärkt. Das Parlament kann endlich seiner gewachsenen Verantwortung in EU-Angelegenheiten gerecht werden und sich aktiv am System der sogenannten Frühwarnkontrolle beteiligen. Nach dieser sehr modernen und vorausschauenden Bestim-

mung ist die Landesregierung verpflichtet, den Landtag rechtzeitig über alle Angelegenheiten zu unterrichten, soweit sie für das Land von grundsätzlicher Bedeutung sind.“ Neben Landtagspräsidentin Diezel verwies Ministerpräsidentin Lieberknecht auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger: „Die Vereinbarung ermöglicht die wirksame Diskussion europapolitischer Fragestellungen mit Thüringenbezug im Landesparlament. Im Sinne der Bürger müssen der Landtag und die Landesregierung, die

Chance der aktiven Mitgestaltung bei EU-Vorhaben nutzen.“ Professor Dr. Siegfried Broß, Bundesverfassungsrichter a.D., sagte in seinem Festvortrag: „Die nunmehr stärkere Einbindung der Länder in den europäischen Integrationsprozess über ihre Landtage ist hervorragend geeignet, dessen Transparenz und Akzeptanz bei den Menschen zu steigern. Die Länder sind, das zeigt die Entwicklung der europäischen Integration fortwährend deutlich, nicht mehr nur beteiligt, sondern sie müssen ins Zentrum rücken.“



aus den Werken Jürgen Fuchs und aus ihrem Buch „Die Atemschaudel“ (siehe Seite 2). v.l.n.r.: Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) mit Herta Müller und Hans-Jürgen Döring (SPD).

Anlässlich des 12. Todestages des Literaten und Oppositionellen Jürgen Fuchs wurde am 9. Mai im Thüringer Landtag in Anwesenheit von Nobelpreisträgerin Herta Müller eine Jürgen-Fuchs-Erinnerungsstele eingeweiht.

Kurz gemeldet

Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) nahm am 5. Mai anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Thüringer Architektenkammer am offiziellen Festakt und der anschließenden Ausstellungseröffnung teil. +++ Am 6. Mai begleitete Frau Diezel mit ihrem Grußwort die Schlüsselübergabe des neuen BIO-Gewächshauses der Ortsvereinigung Lebenshilfe Gera, in dem künftig gesunde Lebensmittel gedeihen werden. +++ Landtagspräsidentin Diezel besuchte am 12. Mai die Staatliche Grundschule in Brotterode, welche im vergangenen Jahr von Computer-Spenden der Thüringer Landtagsverwaltung profitierte. Im Anschluss informierte sie sich im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön über die beeindruckende Naturlandschaft. +++ Die Krankenkasse Barmer GEK veranstaltete am 18. Mai einen Parlamentarischen Abend in der Cafeteria des Landtages. Thema der von Vizepräsidentin Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE) eröffneten Veranstaltung waren die Chancen und Herausforderungen an eine zukünftige Gesundheitspolitik.

Landwirtschaftsausschuss informiert sich in Brüssel über die Zukunft Europäischer Agrarpolitik

Vom 2. bis 4. Mai war der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz in Brüssel zu Gast. In der Vertretung des Freistaates informierten sich die Abgeordneten zu Fragen der Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP). Zu den zahlreichen Gesprächspartnern zählten sowohl Vertreter der Ratpräsidentschaft Ungarns als auch der Europäischen Kommission, welche über die Reform der GAP nach 2013 berichteten. Kernanliegen der mitgereisten Abgeordneten und Bauernvertreter war

es, sich für einen Erhalt der Unterstützungszahlungen an die landwirtschaftlichen Unternehmen in der Region einzusetzen.

Am zweiten Tag in Brüssel informierten Mitglieder verschiedener Fraktionen des Europäischen Parlaments die Abgeordneten aus Erfurt über aktuelle Entwicklungen in der europäischen Agrarpolitik. Neben relevanten Fragen über den agrarpolitischen Haushalt stand auch die Qualität der hergestellten Produkte auf der Tagesordnung im „Haus der Landwirtschaftsverbände“.

Udo Eisenacher – Malerei Kunst als erfüllte Lebenszeit



Landtagspräsidentin Diezel mit dem Künstler Udo Eisenacher

Bildertitel wie ‚Homunculus‘, ‚Störfall‘ oder ‚Spektakel‘ lassen vermuten, dass die Werke des Meininger Malers und Grafikers Udo Eisenacher keine Alltagskunst sind. Die Farbe Grau in all ihren Farbnuancen gepaart mit einzelnen Blau-, Rot- und Orangetönen bestimmen den Charakter seiner Kunst, die nun im Thüringer Landtag zu sehen ist.

„Mit Udo Eisenacher stellt ein Bekannter der Südthüringer Kunstszene im Landesparlament aus“, sagte Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) zur Eröffnung der Ausstellung. „Alle Bilder sind ein ästhetischer Gewinn. Denn jedes Einzelne lässt uns teilhaben an der Faszination des Authentischen und an der sinnlichen Nähe dieser intensiven Kompositi-

onen. Von uns Besuchern erwartet diese Ausstellung Neugier, den offenen Blick und das unvoreingenommene Schauen“, so Frau Diezel über die Bilder des Künstlers. Der 1953 in Steinfeld bei Hildburghausen geborene Udo Eisenacher ist bereits seit 1983 als freischaffender Maler tätig. Seine Werke sind keine leichte Kost, doch erkennt der interessierte Betrachter beim genauen Hinsehen unser aller Lebenswelt. Für ihn ist Kunst erfüllte Lebenszeit – dies ist an seinen Bildern zu erkennen.

Die Ausstellung ist bis zum 17. Juni 2011, Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet, am Wochenende und an Plenartagen nach Vereinbarung. Der Eintritt ist frei.

Veranstaltungen im Landtag

„Der Macht des freien Wortes ein Denkmal setzen“



sagte über seinen Freund Jürgen Fuchs: „Sein Grundthema war Aufbegehren gegen die angepasste Macht. Wahrheit herstellen. Mitteilen, was wirklich geschieht. Sich einmischen, damit Humanismus sich behauptet. Er hat nicht resigniert und damit auch unsere Würde verteidigt.“ Höhepunkt der Feierstunde war die Lesung mit Herta Müller. Sie las aus den Werken Jürgen Fuchs als auch zwei Kapitel aus ihrem Roman ‚Die Atemschaukel‘. Sichtlich bewegt sagte Frau Müller im Gespräch mit Udo Scheer: „Es wäre besser mit Jürgen Fuchs hier zu sein, anstatt Plätze und Straßen nach ihm zu benennen. Er gilt eher als Bürgerrechtler. Das Literarische ist dabei zu kurz gekommen. Dabei hat er die genauesten Bücher über die DDR geschrieben – über die Leute und die Menschen eindringlich und zutreffend wie kein anderer“, so Frau Müller.

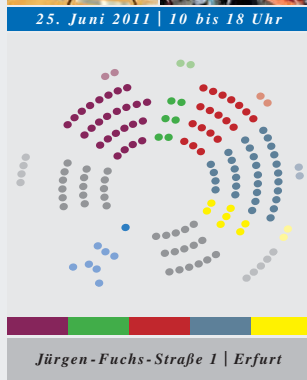
In einer bewegenden Feierstunde wurde am 9. Mai im Thüringer Landtag in Anwesenheit von Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller (im Bild) Jürgen-Fuchs-Erinnerungsstele eingeweiht. Die Stele erinnert an den DDR-Bürgerrechtler und Literaten Jürgen Fuchs, der am 9. Mai 1999 verstarb.

Bei der feierlichen Einweihung, zu der auch die Mutter und weitere Familieangehörige von Jürgen Fuchs kamen, betonte Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) vor den rund 200 Gästen: „Als Zeichen unseres fortwährenden Respekts weihen wir am 12. Todestag von Jürgen Fuchs im Thüringer Landtag eine Stele ein, die dem Andenken an den Autor gewidmet ist. Dies ist ein Tag, an dem wir der Macht des freien Wortes ein Denkmal setzen.“ Der Abgeordnete Hans-Jürgen Döring (SPD) auf dessen Initiative das Erinnerungsprojekt zurückgeht,

sprach mit Udo Scheer: „Es wäre besser mit Jürgen Fuchs hier zu sein, anstatt Plätze und Straßen nach ihm zu benennen. Er gilt eher als Bürgerrechtler. Das Literarische ist dabei zu kurz gekommen. Dabei hat er die genauesten Bücher über die DDR geschrieben – über die Leute und die Menschen eindringlich und zutreffend wie kein anderer“, so Frau Müller.

Im Foyer des Thüringer Landtags informiert die Multimediale Stele „Jürgen Fuchs – stiller Rebell“ interessierte Besucher über das Leben und Wirken des Oppositionellen. Nach einer Kurzbiographie werden insbesondere seine Jugend, die Zeit der Exmatrikulation, der Haft, des Exils und der Deutschen Einheit dargestellt. Die Darstellung seines Werkes wird durch Auszüge, die von Herta Müller, Wilfried Pucher und Udo Scheer gelesen werden, illustriert.

Tag der offenen Tür 2011



Am Samstag, den 25. Juni, öffnet der Thüringer Landtag erneut seine Türen und lässt die Bürgerinnen und Bürger hinter die Kulissen des Landesparlaments blicken.

Zahlreiche Stände im Landtag und Umgebung laden die Besucher ein, die Arbeit im Parlament kennen zu lernen. Neben politischen Institutionen werden sich Städte und Gemeinden, Vereine und Verbände präsentieren. Abgerundet wird der Tag durch ein umfangreiches Bühnenprogramm für Groß und Klein.



Ja zur Schuldenbremse! Die CDU-Landtagsfraktion unterstützte eine Aktion der Jungen Union (JU) Thüringen für eine Schuldenbremse in der Landesverfassung. Mit einem sechs Meter hohen Schuldenberg hatte die JU vor dem Thüringer Landtag für die Schuldenbremse geworben. CDU-Landtagsabgeordnete beteiligten sich an der Unterschriftenaktion für die Petition.

Bundesweiter Rückhalt für die Vorschläge zur Bildungspolitik Deutschlandabitur als zentraler Baustein - Länderzuständigkeit erhalten

Immer mehr Rückhalt aus der Union bekommt der Thüringer CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring für die gemeinsam mit den CDU-Fraktionsvorsitzenden aus Berlin und Brandenburg, Frank Henkel und Dr. Saskia Ludwig, erarbeiteten Thesen zur bildungspolitischen Grundsatzdebatte. „Es besteht Konsens darüber, dass die Länderzuständigkeit im Bereich der Schulpolitik ungeschmälert erhalten bleiben muss und die Länder dennoch selbst in der Lage sind, für mehr Vergleichbarkeit zu sorgen. Das Deutschlandabitur ist dafür der zentrale Baustein“, sagte Mohring. Auch aus an-

deren deutschen Ländern gebe es viel Zuspruch für die Thesen zur Bildungspolitik. Zuletzt hatten sich Hessen, Niedersachsen, Bayern und die neuen Länder positiv dazu geäußert. Laut Mohring wollen die Fraktionsvorsitzenden mit den Thesen Einfluss auf die bildungspolitische Grundsatzdebatte in der CDU nehmen, die zum nächsten Bundesparteitag in einem Leitantrag zur Zukunft der Bildungspolitik münden soll. „Die leistungsfähigsten Bildungssysteme haben in Deutschland die Länder, die über einen langen Zeitraum CDU-geführte Landesregierungen hatten oder haben.

Die Union ist die Partei mit der ausgeprägtesten bildungspolitischen Kompetenz, das müssen wir wieder deutlicher ausspielen“, so Mohring. Die Politiker setzen sich u.a. für nationale Bildungsstandards und Prüfanforderungen für alle Fächer und Schulabschlüsse ein, halten die Länderzuständigkeit jedoch für unverzichtbar, damit auf unterschiedlichen Wegen zum Ziel pädagogische Vielfalt und Wettbewerb möglich bleiben.

Das Thesenpapier finden Sie hier:
http://cdu-landtag.de/4_56_Service_Downloads.html



on starke ökumenische Akzente setzen wolle. „Katholische und evangelische Christen in aller Welt werden sehr genau nach Thüringen schauen, welche Signale von diesem Besuch ausgehen und dabei ganz automatisch auf die herausragenden Erinnerungsorte der Kirchen- und Konfessionsgeschichte im Land verwiesen“, so Zeh.

Erster Ettersburger Diskurs: „Über die Grenzen der parlamentarischen Demokratie“

„Über die Grenzen der parlamentarischen Demokratie“ war der erste Ettersburger Diskurs überschrieben, der sich unter der Schirmherrschaft Mike Mohrings (im Bild Mitte) künftig mindestens zweimal jährlich mit Fragen zur „gesellschaftlichen Situation der Zeit“ befassen wird. Die Partner dieses ersten von der Konrad-Adenauer-Stiftung und Schloss Ettersburg gemeinsam veranstalteten Diskurses waren der Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Peter M. Huber (l.) und der Herausgeber der Tageszeitung „Die Welt“, Thomas Schmid (r.).



Die Demokratie des Grundgesetzes gründet auf soliden und in Krisen bewährten Fundamenten, aber sie braucht Re-

formen, um die Akzeptanz der Bürger zu behalten, so der Tenor des Diskurses mit mehr als 100 Teilnehmern. Doch als Herausforderung erweisen sich die gewachsenen Ansprüche der heute besser gebildeter Bürger bei abnehmenden Gestaltungs-

möglichkeiten im politischen Mehrebenensystem zwischen den Kommunen und der Europäischen Union. Für Huber stellt sich die Politik selbst eine Falle, wenn sie da mehr verspricht als sie einlösen kann. Als weiteres Problem benannte Moderator

Mohring „die Beschleunigung, Zuspitzung und Verdichtung der politischen Kommunikation, die so gar nicht zum Rhythmus parlamentarischer Prozesse passt“. Schmid sieht Politik und Medien gemeinsam dafür in der Verantwortung, dass es „keine Rückzugsräume mehr gibt, in denen in Ruhe diskutiert werden kann“. Für Huber ist „Staatskunst“ gefragt, um diese dringend notwendigen Räume zurückzugewinnen.

Ein Patentrezept gegen „die Mängel im politischen Betrieb“ gibt es laut Schmid nicht. Er riet zu Transparenz und mehr Teilhabe im vorhandenen institutionellen Rahmen und zum Mut, den Bürgern stets Alternativen zu präsentieren.

Fraktion.DIE LINKE
im Thüringer Landtag
Geschäftsstelle
Tel.: 0361 37 72295
Fax: 0361 37 72416
www.die-linke-thl.de

Für den Ausbau der Schulsozialarbeit

Die Linksfraktion erneuerte ihre Kritik am so genannten Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder, deren Eltern Hartz IV beziehen, als „Ergebnis eines unwürdigen Geschachers, das höchst bürokratisch und genauso ausgrenzend ist wie alle Hartz-IV-Gesetze“ und legte dem Landtag einen Gesetzentwurf vor. Dringend notwendig sind landesgesetzliche Regelungen, damit es tatsächliche Verbesserungen für die Betroffenen gibt sowie Rechtssicherheit für die Kommunen und eine Zweckbindung der Mittel für das gemeinsame Mittagessen und den Ausbau der Schulsozialarbeit. Der LINKE Kinderpolitiker Matthias Bärwolff kritisierte auch die fehlerhaften Berechnungen zu den Kosten. So reichen die Entlastungen in einigen Kommunen kaum aus, um das Mittagessen, geschweige denn zusätzliche Schulsozialarbeit zu finanzieren.

Nutzt K+S Runden Tisch als Feigenblatt?



Anlässlich der Wiederaufnahme der Arbeit des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ brachte die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Katja Wolf, ihre Befürchtung zum Ausdruck, „dass der Konzern Kali + Salz diesen „nur als Feigenblatt nutzt und die Werra nach dem Weiter-So-Prinzip mit Kalilauge belastet, das Grundwasser gefährdet und verschmutzt“. Die LINKEN Landtagsfraktionen Hessen und Thüringen haben jetzt ein Gutachten zu „Alternativen Produktions- und Entsorgungsverfahren im thüringisch-hessischen Kalirevier“ in Auftrag gegeben, um zu zeigen, dass es möglich ist, Gewässerschutz und Erhalt der Arbeitsplätze zu vereinbaren.

„Energierévolution statt Grüner Kapitalismus“ Vor der Energiekonferenz Diskussion des Konzepts in der Fraktion

„Es geht um nicht weniger als um den Aufbruch in ein neues Industriezeitalter, weg von der großtechnischen hin zur kleinteiligen Energieerzeugung und -verteilung. Jedes Haus muss als Kraftwerk gedacht werden. Strom, Wärme und Gas müssen im Zusammenhang gesehen und auch so organisiert sein. (...) hier liegt ein Jobmotor mit riesigen Ausmaßen. Es geht um die Verbindung von ökologischer und sozialer Frage. Energie ist eine grundlegende Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge.“ Ein Zitat

Das Konzept, das anlässlich der Energiekonferenz der Linksfraktion am 18. Juni im Atrium

das Einsparen und Optimieren hervorgehoben. Bis zum „Jahr 2040 muss das Niedrigenergiehaus erreicht“ sein, gab der energiepolitische Sprecher der Linksfraktion und Bürgermeister der Solarkommune Vienaun, Manfred Hellmann, das Ziel des Konzepts vor. Dabei gehörten die Netze in öffentliche Hand. „Eine gerechte Energiegesellschaft“ als Zukunftsaufgabe, untermauerte Katja Wolf, Umweltpolitikerin der Linksfraktion. „Energieeffizienz und Dezentralität sind die Kernpunkte“, betonte Petra Enders,



aus dem Vorwort zum Energiekonzept der Linksfraktion, das unter der Überschrift „Energierévolution statt Grüner Kapitalismus“ steht.

der Erfurter Stadtwerke öffentlich vorgestellt wird, war kürzlich intensiv in der Fraktionsitzung diskutiert worden (s. Fotos). Dabei waren sich die Abgeordneten am Schluss einig, dass „die ethische, die demokratische und die soziale Frage noch stärker aufgenommen werden müssen“. Auf eine grundlegend veränderte Energieproduktion – dezentral, regional und regenerativ – müsse nicht nur eine macht-, sondern vor allem eine sozialpolitische Antwort gegeben werden, hatte Bodo Ramelow betont und



Bürgermeisterin von Großbreitenbach, die durch ihren unversagten Kampf gegen die 380-kV-Trasse zur Energieexpertin geworden ist.

Erster Schritt zum Volksbegehren für sozial gerechte Abgaben

Nachdem jetzt Vertreter der Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben bei einer Mahnwache am Rande der Landtagssitzung am 19. Mai in Erfurt den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens bei der Landtagspräsidentin angezeigt haben – im Foto (r.) die stellvertretende Präsidentin des Thüringer Landtags Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE), die die Erklärung entgegennahm, sowie die Vertrauenspersonen des Volksbegehrens, der Landesvor-

sitzende der Thüringer Bürgerallianz Peter Hammen, und die Rechtsanwältin Susan Rechen-



bach –, ist nun der erste Schritt getan. Die Bürger sollen selbst entscheiden können, wie künftig Abwasser- und Straßenbauinvestitionen finanziert wer-

den. „Die LINKE unterstützt das geplante Volksbegehren, das die Finanzierung der Abwasserinvestitionen ausschließlich über die Gebühren und die Umwandlung der Straßenausbaubeiträge in eine Infrastrukturabgabe zum Ziel hat“, betonte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel (im Foto links), und fügte hinzu: „Die Kritiker sollten ihre Bedenken äußern, aber nicht die öffentliche Diskussion durch Ablehnung des Antrags verhindern.“

In Thüringen müssen 34 Prozent mit Niedriglöhnen auskommen

„Es ist ein Skandal, der sich seit Jahren angebahnt hat, dass 34 Prozent aller in Thüringen Beschäftigten weniger als 8,50 Euro Stundenlohn verdienen. Bei den Unterdreißigjährigen sind das sogar 52 Prozent“, kritisierte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ina Leukefeld. Sie verwies darauf, dass selbst in Wirtschaftskreisen ein Umdenken

stattfindet, „weil Unternehmer begreifen, dass sie ohne entsprechende Entlohnung keine Fachkräfte halten und gewinnen können“. Eine neue Studie hatte jetzt auch ergeben, dass es in keinem anderen Bundesland einen so hohen Anteil von Beschäftigten im Niedriglohnbereich gibt. Während in Thüringen jeder Dritte einen Stundenlohn unter 8,50 Euro hat,

ist es in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern jeder Vierte und in Baden-Württemberg nur jeder Zehnte. Die LINKE Abgeordnete verwies auf die wiederholten parlamentarischen Initiativen ihrer Fraktion: „Nachdrücklich fordern wir einen gesetzlichen flächendeckenden und Existenz sichernden Mindestlohn von zehn Euro.“



Staatssekretär nimmt Petition von Eltern entgegen

Unterstützung durch das Thüringer Bildungsministerium erhoffen sich Eltern aus dem Ilmkreis, die geplante Schließung der Grundschule Stützerbach verhindern wollen. „Jede Standortaufgabe einer Schule im ländlichen Raum bedeutet das schrittweise Sterben des betroffenen Ortes. Ein Zuzug von Familien mit Kindern wird nicht mehr erfolgen“, heißt es in einem Schreiben, das Eltern am Rande des letzten Plenums Staatssekretär Roland Merten (SPD, Bildmitte) überreichten. Dieser soll das Schreiben an die Ministerpräsidentin übergeben. Eleonore Mühlbauer, SPD-Landtagsabgeordnete aus Arnstadt (2. v.links), ist besorgt wegen der umstrittenen Pläne und sicherte den Eltern ihre Unterstützung zu. Diese wollen ein Bürgerbegehren „Erhaltung der Staatlichen ‚Kneipp-Schule am Rennsteig‘ am Standort Stützerbach“ auf den Weg bringen und erreichen, dass der zuständige Landrat die Schulschließung so lange aufschiebt, bis der Bürgerwille in Form des Bürgerbegehrens artikuliert ist.

SPD-Politiker Döring froh über Ort der Erinnerung für Jürgen Fuchs

Seit Anfang Mai gibt es im Thüringer Landtag eine Informationssäule, die an den Bürgerrechtler und Schriftsteller Jürgen Fuchs erinnert.

Die Idee dazu stammt vom SPD-Abgeordneten Hans-Jürgen Döring. In einer bewegenden Feierstunde wurde die Stele Anfang Mai eingeweiht. Er könne sich keinen besseren Platz als den Landtag als Ort der Erinnerung für Fuchs denken, sagt der Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Döring anlässlich der Einweihung der Multimedia-Stele im Eingangsbereich des Landtags. „Hier ist das Zen-

trum unserer Demokratie. Hier werden politische Argumente ausgetauscht, hier streiten die Abgeordneten auf der Suche nach den besten Ideen für den Freistaat. Jürgen Fuchs hat



Kulturpolitiker Hans-Jürgen Döring (links) und Heiko Genzel, Vizepräsident des Thüringer Landtags, bei der Übergabe der Informationsstele.

den Weg dafür geebnet“, sagt Döring, der viele Jahre lang mit Fuchs befreundet war. Mit seinem Protest gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns und seinem politischen Engagement habe Jürgen Fuchs aber dazu beigetragen, „dass wir in dieser offenen Gesellschaft leben dürfen – nach vielen Jahren des Eingesperrtseins und der geistigen Enge in der DDR. Dafür danken wir ihm.“

Auszüge aus der Rede von Hans-Jürgen Döring anlässlich der Übergabe der Informationsstele im Thüringer Landtag

„Wenn ich nur lachen könnte / und im Zirkus wäre / und nicht allein auf dem Weg in die Zelle / dort steht ein junger dicker Mensch / mit Lederstiefeln und Reithosen / dort an der Ecke / mit kleinen zugewachsenen Augen / steht und sagt: „Beil'n Se sich“ / wenn ich nur lachen könnte / an solchen Ecken / nach solchen Gesprächen / vor solchen Stiefeln. Dieser Text aus den Vernehmungsprotokollen korrespondiert mit dem Leitmotiv in Jürgen Fuchs' Schaffen. Es ist dem

Gedichtband „Pappkameraden“ vorangesetzt und stammt von Wolfgang Borchert: „Wir werden nie mehr antreten auf einen Pfiff hin“. Das war sein (Fuchs – Anmerk.d.Red.) Grundthema: Aufbegehren gegen die angepasste Macht, den imperativen Apparat und seinen hohlen Phrasen. Wahrheit herstellen. Mitteilen, was wirklich geschieht. Sich einmischen, damit Humanismus sich behauptet. Nicht mehr Lügen, klar sein. In einer Freundschaft, in einer Gefahr, ei-

ner Einsamkeit. Ohne Jürgen Fuchs würde ich heute nicht vor Ihnen stehen. Kennen gelernt habe ich Jürgen beim 2. Poetenseminar in Schwerin. Es gab nächtelange Gespräche. Seine klugen, doch nie besserwisserischen Analysen, seine Redlichkeit, sein Sanftmut haben mich immer wieder beeindruckt. ... Er wollte, dass Respekt entsteht und Verantwortung übernommen wird für das, was war. Wir dürfen das Hineinregieren in das Leben der Ande-

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag
Geschäftsstelle
Tel.: 0361 37 72336
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

SPD-Angeordnete Marx: Datenschutzbeauftragter muss unabhängig bleiben

„Den Datenschutzbeauftragten des Landes Thüringen mit einfacher Mehrheit durch das Landesparlament abwählen? Eine solche Überlegung lehne ich ab.“ Damit erteilt Datenschutzexpertin der SPD-Landtagsfraktion, Dorothea Marx, Plänen des Innenministers eine klare Absage. Marx unterstützt damit den Landesbeauftragten für Datenschutz, Harald Stauch, in seiner Kritik an einem internen Papier des Innenministeriums. Bereits in der zurückliegenden Landtagsdebatte hatte Marx betont, dass ihre Fraktion einen derart krassen Angriff auf die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten nicht mit tragen werde. Marx: „Ein solches Vorgehen wäre europaweit einmalig und würde die durch die Verfassung garantierte Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten konterkarieren.“ Marx bedauert, dass der umstrittene „Regelungsvorschlag“ immer noch kursiere. Dies habe das Innenministerium gegenüber dem MDR eingeräumt. „Der Passus, der die Abwahlmöglichkeit des Datenschutzbeauftragten vorsieht, gehört unverzüglich eingestampft“, so Marx.



ren, das Leid der Opfer und Betroffenen, die beängstigte Düsternis der Gefängnisse und Verhörräume nicht ausblenden. Das sind wir all denen schuldig, die damals bespitzelt, drangsaliert und auch weggesperrt worden. Das sind wir Jürgen Fuchs schuldig. Das sind wir uns selbst schuldig. „Wer vorschlägt, zur Tagesordnung überzugehen, plädiert für ein erneutes Loslösen von der humanen Orientierung“, so Jürgen Fuchs.“

**FDP-Fraktion
im Thüringer Landtag**
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72780
Fax: 0361 37 72705
www.thl-fdp.de

**FDP fordert verlässliche
Hochschulfinanzierung
Frank Hitzing informierte sich
bei Thüringer Hochschulen**

Einen neuen „Hochschulpakt“ der Landesregierung mit den Universitäten und Hochschulen in Thüringen fordert die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion Franka Hitzing. Zum Auftakt ihrer hochschulpolitischen Reise durch den Freistaat mahnte sie klare Finanzierungszusagen für eine verlässliche Hochschulplanung an. Hitzing kritisierte die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage ihrer Fraktion, in der die



Landesregierung hierzu nur „sehr unbestimmte Formulierungen“ gebraucht habe. Die Thüringer Hochschulen litten derzeit unter den Kürzungen, die das Land mit Verweis auf die sogenannte „Notfallklausel“ gegen die Stimmen der FDP beim Haushalt für 2011 beschlossen hatte. Rund 26 Mio. Euro fehlen den Hochschulen im Freistaat dadurch in ihrem aktuellen Budget. Welche konkreten Auswirkungen diese Kürzungen für die Thüringer Hochschulen haben, darüber wollte sich die liberale Bildungspolitikerin vor Ort informieren. In der Wahlkreiswoche im Mai besuchte sie deshalb die Hochschulen in Erfurt, Jena, Schmalkalden und die Berufsakademie in Eisenach, um mit den jeweiligen Hochschulleitungen und den Studierendenräten (im Bild: Franka Hitzing im Gespräch mit dem Jenaer Studentenratsvertreter Mike Niederstraßer) zu sprechen. Ende Juni folgen dann die Besuche in ihrem Heimatkreis an der FH Nordhausen sowie den Hochschulen in Weimar. „Wir wollen wissen, wo Lehrende und Studierende der Schuh drückt und uns dabei nicht auf die Informationen der Regierung verlassen müssen“, umreißt Hitzing das Anliegen ihrer Fraktion.

Jetzt Haushaltskonsolidierung angehen

Barth: „Ein schuldenfreier Haushalt ist noch kein schuldenfreies Land“

„Die Ergebnisse der neuen Steuerschätzung sind eine gute Nachricht für Thüringen, aber die Lage im Freistaat ist unverändert ernst“, sagte der Fraktionsvorsitzende der FDP im Thüringer Landtag Uwe Barth im Mai-Plenum in der Aktuellen Stunde auf Antrag seiner Fraktion. Jetzt müsse man endlich die Haushaltskonsolidierung drückt sich seit ihrer Amtsübernahme vor dieser Aufgabe“, kritisierte Barth. Er forderte die Regierungskoalition erneut auf, auf Neuverschuldung zu verzich-

ten, konsequent auf Sparkurs zu bleiben und Schulden abzubauen. „Ein schuldenfreier



Die Fraktionsvorsitzenden von FDP und CDU, Uwe Barth und Mike Mohring, tauschten sich am Stand der Jungen Union über die Senkung der Staatsverschuldung aus.

Haushalt ist noch kein schuldenfreies Land“, mahnte der Fraktionschef der Liberalen

und bekräftigte die Forderung der FDP nach Verankerung einer Schuldenbremse in der Verfassung. Er dankte der Jungen Union für ihre Unterstützung des Anliegens und unterzeichnete eine Forderung des CDU-Jugendverbandes zur Einführung der Schuldenbremse in Thüringen. Der „Schuldenberg“ der JU und die „Schuldenuhr“ der FDP-Fraktion wiesen während der Landtagsdebatte auf die dramatische Lage im Freistaat hin. „Ich helfe der CDU-Fraktion gern dabei, die Schuldenbremse in die Verfassung zu bringen“, sagte Barth zu CDU-Fraktionschef Mike Mohring.

FDP-Verkehrsexperten im Gespräch mit der Bahn

Untermann: „Fortschritte bei der Mitte-Deutschland-Verbindung“

Nicht viel Hoffnung habe die Bahn hinsichtlich der ICE-Halte in Weimar machen können, berichtete Untermann nach einem Treffen mit dem Leiter des Berliner Büros der Deutschen Bahn, Alexander Kaczmarek, und dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn beim Freistaat Thüringen, Volker Hädrich, am 23. Mai in Berlin „Durch den Ausfall der Neigeotechnik sieht die Bahn derzeit keinen Spielraum, um zwischen den Knoten Frankfurt am Main und Dresden noch einen Halt in Weimar einzulegen“, sagte Untermann. Fortschritte sehe er hingegen bei der Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV). Bei deren Umsetzung hapere es weniger an der

Finanzierung, habe er aus Berlin mitgenommen. „Es ist das Planungsrecht, das uns hier ausbremst. Erst wenn das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen ist, kann die Bahn überhaupt eine Finanzierungsvereinba-



Mit einer Schweizer Wirtschaftsdelegation informierte sich die FDP-Fraktion Anfang Mai bei der Deutschen Bahn AG über die Planungen zum ICE-Knotenpunkt Erfurt. V.l.n.r. Fraktionsgeschäftsführer Dr. Carsten Klein, Britta Klapproth vom Swiss Business Hub Germany, MdL Heinz Untermann, Lilach Guitar Nunez von der Schweizerischen Botschaft, MdL Thomas L. Kemmerich und Volker Hädrich von der Deutschen Bahn AG.

rung mit dem Bund abschließen“, so Untermann. Im kommenden Monat sollen die Pla-

nungsunterlagen für den letzten Abschnitt der MDV an das für das Planfeststellungsverfahren zuständige Eisenbahn Bundesamt gehen. Die Bahn hoffe dann, Mitte kommenden Jahres Baurecht zu erhalten, wenn keine Anwohner gegen den Gleisusbau klagen. Mit Interesse hätten die Thüringer auch Prognosen zum Anteil des Güterverkehrs auf der ICE-Neubaustrecke München Berlin durch Thüringen aufgenommen. Demnach gehe man davon aus, dass in Zukunft doppelt so viele Güterverkehrszüge wie ICEs die Trasse nutzen werden. „Die Strecke dient eindeutig auch dem Ziel, mehr Güter auf die Gleise zu bekommen“, so Untermann.

FDP sorgt sich um Thüringer Kommunalpolitik

Bergner: „Wir brauchen alte Hasen und junge Füchse“

Besorgt um die Zukunft der Thüringer Kommunalpolitik ist der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion Dirk Bergner. Mit Blick auf die Altersentwicklung in Thüringen fordert er, das Kommunalwahlrecht zu überarbeiten. Die momentane Regelung begrenze das Alter der Bürgermeister zu stark, so Bergner. „Junge Menschen können mit 18 zwar einen Trupp im Kampfeinsatz in Afghanistan führen, aber nicht Bürgermeister einer Gemeinde in Thüringen sein“, sagte der 46-Jährige und wies auf ei-

nen Widerspruch hin, den es aufzulösen gelte: „Wählen dürfen die Bürgermeister, werden dürfen sie es nicht“. Deswegen hat die FDP-Fraktion einen entsprechenden Gesetzesentwurf erarbeitet, der am 19. Mai zur ersten Beratung auf der Tagesordnung des Landtags stand und dort bei den anderen Fraktionen überwiegend positiv kommentiert wurde. Den Kritikern empfiehlt Bergner, einen Blick in die deutschen Landtage und den Bundestag zu werfen. Dort seien junge Leute unter 21 bereits sehr erfolgreich

tätig. Probleme sieht Bergner auch am anderen Ende der Skala: „Mit 65 gehört man als hauptamtlicher Bürgermeister laut Gesetz schon zum alten Eisen“, kritisiert er die bestehende Regelung. Die Erfahrung, die man jungen Leuten abspreche, sei bei den Älteren scheinbar nicht mehr gefragt. „Wir brauchen aber beides: Die alten Hasen und die jungen Füchse“, unterstreicht der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, der selbst ehrenamtlicher Bürgermeister in Hohenleuben ist.

Sachliche Analyse nutzt allen



Im Mittelpunkt der Diskussion um die Stiftung FamilienSinn steht nicht immer die Qualität

der Familienpolitik, sondern eher die ideologische Auseinandersetzung. Dabei braucht Thüringen eine Lösung, die vor allem den Familien und Kindern zu Gute kommt. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es daher selbstverständlich, den Beratungsentwurf des Rechnungshofs ebenso ernst zu nehmen wie die noch ausstehende Stellungnahme der Landesregierung. Beide Positionen müssen in eine abschließende Bewertung einfließen. Ziel war und

ist dabei nicht zwingend die Auflösung der Stiftung, sondern das Erreichen einer nachhaltigen Familienpolitik für den Freistaat. Alle Fragen müssen gründlich beantwortet und die Erkenntnisse dem Parlament vorgelegt werden. Wenn es keine rechtliche Beanstandung am Bestand von FamilienSinn gibt, sollte der Fokus endlich wieder auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Familienpolitik gelegt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAG THÜRINGEN

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Thüringer Landtag**
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72666
Fax: 0361 37 72665
www.gruene-fraktion.thueringen.de

eine sachliche Analyse, die allen nutzt: dem Ansehen der Politik, der Haushaltslage Thüringens, zuallererst aber den Kindern und ihren Familien.

Master wird auch in Thüringen zum Nadelöhr

Mit der Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes wird der Master nun auch in Thüringen zum Nadelöhr. Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Zulassungsbeschränkungen für den Master das falsche Signal. Denn angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels braucht es im Freistaat mehr Masterstudierende. „Viele Studierende und auch die Wirtschaft bemängeln bereits jetzt das Fehlen des freien Zugangs und das Fehlen eines bedarfsgerechten Ausbaus der Masterkapazitäten“, sagt Astrid Rothe-Beinlich, hochschulpolitische Sprecherin der bündnisgrünen

Fraktion. Viele Bedenken und Anregungen aus der schriftlichen Anhörung sind nicht in das Hochschulzulassungsgesetz eingeflossen. Der Deutsche Hochschulverband, das Deutsche Studentenwerk und mehrere Studierendenorganisationen hatten ausgeführt, dass Zulassungsbeschränkungen problematisch sind und sich für einen freien Zugang stark gemacht.

„Wir werden nicht müde, uns für bessere Studienbedingungen und einen Ausbau der Studienplatzkapazitäten stark zu machen“, kündigt Rothe-Beinlich an.



Am 10. Mai 2011 nahmen VertreterInnen des Thüringer Bauernverbandes, der Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, der Bioenergieberatung Thüringen BIOBETH, des Fachverbandes Biogas und regionaler Landwirtschaftsbetriebe am Fachgespräch „Wie weiter mit der Biomasse im EEG?“ mit dem agrarpolitischen Sprecher der bündnisgrünen Fraktion, Dr. Frank Augsten, in der Agrarprodukte Ludwigshof e.G. teil. Ergebnisse des Gespräches sind in den Antrag „Biomasse: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nachhaltig weiterentwickeln“ von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingeflossen.

Klimaschutz und Wertschöpfung

Die Bereitstellung von Raumwärme und Warmwasser verursacht etwa ebenso viele Schadstoffe wie die Stromproduktion. Um sie zu reduzieren, brachte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Klimaschutz-Gebäude-Rahmengesetz in das Mai-Plenum ein. Der Entwurf wurde allerdings

nicht einmal in die Ausschüsse verwiesen. „Uns geht es darum, den Klimaschutz in Thüringen nachhaltig zu verbessern und den Energieverbrauch deutlich zu reduzieren“, sagt Jennifer Schubert, baupolitische Sprecherin der bündnisgrünen Fraktion. Zudem sollte das Ge-

setz positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens geben: Zum einen würden die Sanierungsaufträge vor allem dem heimischen Bauhandwerk zu Gute kommen, zum anderen durch die Nutzung regenerativer regionaler Energie mehr Geldmittel im Freistaat verbleiben. „Wir

hoffen nun, dass zur zweiten Lesung unseres Gesetzentwurfes auch ein Entwurf der Landesregierung vorliegt – denn eine schnelle und konsequente Umsetzung aller sinnvollen energetischen Maßnahmen würde dauerhafte Beschäftigung für 20 000 Menschen schaffen“, so Schubert.



Am 19. Mai eröffnete die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ausstellung „Japan und Hiroshimas Lächeln“. Die Arbeiten des Künstlers Reinhard Wand – hier im Gespräch mit dem Landessprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dieter Lauinger (links), und der Fraktionsvorsitzenden Anja Siegesmund – sind stark durch die Kultur und Geschichte des asiatischen Landes beeinflusst.

Keine Entlastung möglich

Einmal jährlich gibt der Bericht des Landesrechnungshofes Gelegenheit, die Haushaltsdurchführung der Vorjahre zu debattieren. Zuletzt war dies das Jahr 2008. Aus den dargestellten Fällen und Beispielen wurde deutlich, dass einige Ministerien in der vergangenen Wahlperiode mit dem knappen Geld nicht immer optimal umgegangen sind. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren etwa die drei Neubauten für den Maßregelvollzug. Dort sind die nun anfallenden Kosten für Unterhaltung und Betrieb teilweise deutlich hö-

her als in den alten Häusern und das bei etwa gleicher Auslastung. Auch die Beschaffung von Verkehrsmesstechnik, also Blitzgeräten, ging offenbar am Bedarf vorbei. Zudem ist der Bau von Straßen durch private Unternehmen fragwürdig, bei dem nicht nach dem vorhandenen Geld entschieden wurde, sondern über diese Finanzierungsform überhöhte Standards durchgesetzt wurden. Dennoch haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Bericht enthalten, da der Fraktion die Hintergründe zur Haushaltsführung 2008 fehlen.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@
landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.
thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:
Dr. Detlef Baer

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.
Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

pressestelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

Bürgerbeauftragte trafen sich am 5. und 6. Mai 2011 in Mainz

Die parlamentarisch gewählten Bürgerbeauftragten der Bundesländer trafen sich auf Einladung des rheinland-pfälzischen Bürgerbeauftragten Dieter Burgard zu einer Arbeitstagung in Mainz.

Das Treffen diente der weiteren intensiven Zusammenarbeit und dem Informationsaustausch der Bürgerbeauftragten aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Thüringen und Rheinland-Pfalz. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Referat und die sich daran anschließende Diskussion mit Frau Prof. Dr. Guckelberger, Lehrstuhl

für öffentliches Recht von der Rechts- und Wissenschaftlichen Fakultät der Universität Saarbrücken zu neuen Entwicklungen im Petitionsrecht und der Bürgerbeteiligung.



Bernd Schubert, BÜB von Mecklenburg-Vorpommern, Joachim Mertens, Landtagspräsident von Rheinland-Pfalz, Birgit Wille, BÜB von Schleswig-Holstein, Dieter Burgard, BÜB von Rheinland-Pfalz, Silvia Liebaug, BÜB von Thüringen (v.l.n.r.)

Landtagspräsident Joachim Mertens empfing die Gäste und hob die Bedeutung der Institution des Bürgerbeauftragten hervor. In der Aussprache standen aktuelle Fragestellungen

bezüglich der Fortentwicklung des Petitionsrechtes durch Online-Formulare, der Sozialgesetzgebung, des Strafvollzugs, des Teilhaberechts und der öffentlichen Petition im Mittelpunkt. Aktuell diskutiert wurden auch Fragen der Privatisierung von staatlichen Aufgaben und der damit einhergehenden Aushöhlung des Petitionsrechtes.

Der Datenschutzbeauftragte

Videoüberwachung im Straßenverkehr

Wenn von Videoüberwachung im Straßenverkehr die Rede ist, denkt man zunächst an einen Einsatz zu Strafverfolgungszwecken oder zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, etwa als Beweissicherung bei Rotlicht- und Abstandsverstößen oder Geschwindigkeitsübertretungen, Nötigungen etc. Neben diesen Anwendungszwecken wird Videotechnik aber zunehmend auch für Forschungs-, Verkehrsplanungs- und Verkehrsleitzwecke eingesetzt. In diesem Sinne soll die Videoüberwachung keinen präventiven oder repressiven Zweck im Bezug auf den Betroffenen erfüllen, sondern der Allgemein-

heit etwa zur Durchführung von Verkehrsforschungsprojekten, zur Optimierung der Verkehrslagebeurteilung, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit oder zur Schaffung einer Grundlage für die Verkehrsplanung dienen. Die Verwendung von Videotechnik wird aus datenschutzrechtlicher Sicht immer dann relevant, wenn dabei personenbezogene Daten verarbeitet oder genutzt werden. Bereits das Kfz-Kennzeichen selbst stellt ein personenbeziehbares Datum dar. Hierunter fällt auch das Erfassen von Firmenschriftzügen auf Fahrzeugen, da sie im Einzelfall Rückschlüsse auf den Fahrer zulassen. Im Landes- und auch

im Bundesrecht existiert keine spezialgesetzliche Regelung, nach der die Videoüberwachung zu derartigen Zwecken zulässig wäre, es sei denn, es werden keine personenbezogenen Daten verarbeitet. Dies erfordert der Zweck der Maßnahme in den meisten Fällen auch nicht, wie z. B. bei der Feststellung der Verkehrsdichte. Hier müssen die Videobilder von vornherein so unscharf erstellt oder elektronisch so verfremdet werden, z. B. durch Reduktion der Auflösung, die Anfertigung eines Infrarotbildes, die ausschließliche Darstellung der Fahrzeugumrisse etc., dass ein Personenbezug weitgehend ausgeschlossen ist.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Ausstellung: Das Jahr der Mauer

Das Jahr 1961: Durch die Politik der SED mit ihrer ideologischen Bevormundung und politischen Gleichschaltung, mit den abstrusen Wirtschaftstheorien, mit ihrer zwanghaften Planwirtschaft blieb die DDR weit hinter der westlichen Freiheits- und Wohlstands-Entwicklung zurück. Die SED reagierte mit Repressionen auf jede Gegenwehr und jede Abweichung und löste damit immer neue Fluchtwellen aus. Die Handwerker flohen, als ihre Betriebe geschlossen oder verstaatlicht wurden, die Intellektuellen, als klar wurde, dass sie

keine geistige Freiheit und ihre Kinder keine Chance auf ein Studium haben würden, Bauern flohen, als sie in die LPG gezwungen wurden. Und es waren besonders viele junge Menschen, die das Land, die Familien verließen, weil sie unter der SED keine Chancen für sich sahen. Bis zum Mauerbau gingen über 3,5 Millionen Menschen. Vor diesem Hintergrund ruft die Ausstellung das Jahr 1961 ins Gedächtnis. Berlin war weit weg, aber die Mauer wurde mitten in das Leben der einfachen Leute hineingebaut. So finden sich in dieser Aus-

stellung zahlreiche Dokumente: Vom politischen Witz bis zur Stasiakte, vom Zeitungsbericht bis zum Partei-Lied, Bilder und Gerichtsakten, Propaganda-Plakate und Flugblätter. Die Älteren, die sich an die Zeit erinnern, werden vieles wieder erkennen. Die Jüngeren haben die Chance, in das Lebensgefühl der DDR-Bürger von damals einzutauchen und so vielleicht zu verstehen, was Leben in der Diktatur damals bedeutete. Die Ausstellung wird auf Marktplätzen von 20 Orten zu sehen sein.